

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 203

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: Million Mark freibleibend.
— Einzelnummer 150000 Mark. —

Halver
Montag, den 15. Oktober 1923

Anzeigenpreis nach Grundpreisen und Schlüsselzahl.
Anzeigenpreis pro mm 40 Mk., Anzeigen für Behörden, Finanz-
angehen und auswärtige Anzeigen 60 Mk.; Reklamen 100 Mk.
— Schlüsselzahl 3 St. 600000. —
Grundpreis mal Schlüsselzahl ergibt den Millimeterpreis

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reichsregierung hat eine Verordnung über Erhebung von Goldsteuern und über die Vereinfachung der Steuererhebung erlassen.
- * Die Markenbrotenversorgung soll nach dem 15. Oktober durch Zuschüsse an Bäcker und Sozialrentner ersetzt werden.
- * Der Preussische Landtag wird vom 13. Oktober bis zum 27. November vertagt.
- * Der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner hat im sächsischen Landtage sein neues Kabinett mit einer Programmrede vorgestellt.
- * Der frühere Reichskanzler Dr. Cuno hat dem Präsidenten Coolidge in Washington einen Besuch abgestattet.

Notverordnungen.

So hat also die Regierung nicht gewartet, bis sie vom Reichstag ein ausdrückliches Ermächtigungsgesetz erhielt. Eine Verordnung ist schon erlassen, eine zweite — über die Einschränkung der Reichsausgaben, namentlich durch Beamtenabbau — schließt sich unmittelbar an.

Die auf Grund des § 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung betrifft die Steuerverwertung und die Vereinfachung im Besteuerungsverfahren. Kürzer und deutlicher gesagt: Die gesamte Steuerzahlung soll auf Goldbasis erfolgen und alle Steuern, deren Erträge sich nicht lohnen, sollen abgeschafft, die Erhebung unter den Gesichtspunkt größter Wirtschaftlichkeit und Einfachheit gestellt werden.

Nach neunwöchigen Beratungen und Besprechungen, Konferenzen und Kommissionsberatungen, nachdem jeder, der sich für einen Sachverständigen hielt oder von andern dafür gehalten wurde, seine Ansicht gefragt oder ungefragt zu den Duzenden von Plänen und Entwürfen gegeben hatte, ist endlich in vielleicht allerletzte Minute ein Entschluß gefaßt worden, der im Hinblick auf die Steuergesetze Mitte August eine Selbstverständlichkeit, das Nachfolgende war. Aber auch in der Politik sieht man manchmal den Wald vor Bäumen nicht.

Unter den Steuern, die noch unter dem Kabinett Cuno beschloffen wurden, hat es eine Steuer gegeben, die wertbeständig war, nämlich die Landabgabe, die 1 1/2 Goldmark auf 2000 Mark Mehrertrag beträgt. Allwöchentlich wird mitgeteilt, welche Summe, in Papiermark berechnet, diese 1 1/2 Goldmark darstellen. Eine wenigstens teilweise wertbeständige Steuer ist auch die gleichfalls vor neun Wochen beschlossene Lohnsteuer, die den doppelten Betrag des 10%igen Lohnabzuges darstellt. Da Löhne und Gehälter, wenn auch längst nicht vollständig, so doch in gewissem Maße der Geldentwertung nachzukommen versuchen, steigt demgemäß auch der Ertrag der Steuer.

Damals hatte man bekanntlich auch versucht, die Einkommen- und Vermögenssteuern der zur Zahlung dieser Steuern Verpflichteten durch Multiplikation mit 400 der Geldentwertung anzupassen, ein Versuch, der auf einem Dollarstand von 2 Millionen basierte, also jetzt milliardenweit hinter der Entwicklung zurückblieb. Damit wird also jetzt radikal Schluß gemacht und in der Steuerwirtschaft endlich das durchgeführt, was in der Privatwirtschaft, freilich noch nicht in allen Betrieben, schon seit längerer Zeit in Gebrauch ist: die Rechnung auf Goldbasis.

Die Umstellung der Steuerleistung auf Goldmark sichert den Staat gegen die Entwertung geldwärtiger Steuerleistungen, heißt es in dem amtlichen Kommentar zu der neuen Verordnung. Das ist — abgesehen von seiner finanziellen Bedeutung — auch nach einer anderen Richtung hin von Wichtigkeit. Die deutsche Steuergesetzgebung weitete sich in den letzten Jahren geradezu mit der — Notendresse. Unausführlich kamen neue Steuergesetze und -verordnungen, kamen Änderungen und Zusätze. Allzuoft wurde die Güte durch die Masse ersetzt. Die Folge war, daß selbst die Steuerbehörden kaum noch ein und aus wußten, mit Arbeit bis zum Zusammenbrechen überbürdet waren, der Beamtenapparat deswegen unausführlich wuchs und trotzdem die Abführung der Steuern, und zwar gerade bei den Einkommen- und Vermögenssteuern, erst lange nach dem vom Gesetz festgelegten Termin erfolgte. Das waren aber gerade die finanziell wichtigsten Steuerzahler, die aus dem Währungsverfall große Gewinne zogen, während die Arbeiter und Angestellten durch den 10%igen Abzug ihre Steuern sofort bezahlten. Das hat — mit Recht — zwischen den Klassen der Bevölkerung ganz außerordentlich viel Erbitterung gefaßt, hat andererseits dem Reich ungeheure Nachteile finanzieller Natur gebracht. Durch die neue Verordnung werden die sozial verhängnisvollen Wirkungen dieser ganzen Entwicklung endlich beseitigt.

Überflüssig ist, noch darauf hinzuweisen, daß die Gesamtumstellung des Besteuerungswesens auf Goldmark schon an und für sich eine Vereinfachung bedeutet und eine riesige Arbeitsaufwendung überflüssig macht. Außerdem aber diese noch mehr eingeschränkt, wenn möglichst schnell die neue Währung, die ja gleichfalls auf der Goldwährung basiert, in unser wirtschaftliches Leben eingeführt wird. Doch müssen dann auch überall die Folgerungen gezogen werden. Es ist doch eine Lächerlichkeit, wenn beispielsweise die Telefon- oder Telegrammgebühren ein oder gar zwei Monate nach Fälligkeit eingezogen werden, so daß die Kosten der Erhebung höher sind als der fällige Betrag.

Das alles wird natürlich die Umstellung unserer gesamten Wirtschaft auf „Gold“währung — soweit das noch nicht erfolgt ist — ganz außerordentlich beschleunigen. Aber wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, daß eine solche währungspolitische Umstellung im Augenblick der schweren wirtschaftlichen Krise, in der wir uns jetzt be-

finden, ein Unternehmen ist, das eine verzweifelte Ähnlichkeit mit einer Pferdekur hat. Vorwürfe, daß wir schon längst hätten daran gehen müssen, nützen jetzt aber nichts mehr. Es muß geschehen. Denn wenn diese Operation nichts mehr hilft, wenn man vor diesem schweren Eingriff zurückzuckt oder ihn zurückweist, dann geht der Patient ganz bestimmt zugrunde. Andererseits ist in unsern noch eine, wenn auch geringe Hoffnung auf eine Besserung vorhanden.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Kanzler über den Beamtenabbau.

In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Daily Express“ erklärte Reichskanzler Stresemann, daß Deutschlands wirtschaftliche Zukunft davon abhängt, daß mehr gearbeitet werde, daß alle überflüssigen Staatsbeamten entlassen würden, und daß die deutsche Regierung in die Lage versetzt werde, durch Einbeziehung von Rhein und Ruhr über ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu verfügen.

Die Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet.

In weiten Kreisen der Ruhrbevölkerung, ebenso wie bei einzelnen hervorragenden Führern der Wirtschaft und der Arbeiterchaft, besteht die ernsteste Befürchtung, daß bei den jetzigen französischen Methoden jetzt und in der Zukunft neue Schwierigkeiten sich nicht vermeiden lassen. Im übrigen sind gewisse Hemmungen der Arbeitsaufnahme und der Wiederherstellung des Wirtschaftslebens noch immer zum größten Teil auf französische Bedingungen zurückzuführen. So wird jetzt von den Beamten der stillgelegten Post- und Telegraphenämter im Ruhrgebiet die Anerkennung von Verordnungen der Rheinlandkommission verlangt, die einen Eingriff in die deutschen Hoheitsrechte darstellen.

Aus In- und Ausland.

Dresden. Die neuen kommunistischen sächsischen Minister Böttcher und Hedert sowie der neue kommunistische Chef der Staatskanzlei, Brandner, haben den Eid auf die Reichs- und Landesverfassung geleistet.

Stuttgart. Der Militärbevollmächtigte des Wehrkreiskommandos V hat das Verbot der Bildung von Verbänden ausgesprochen, die in der Form von Hundstücken, Sturmtruppen und dergleichen wirtschaftliche oder innerpolitische Ziele verfolgen wollen.

Paris. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, durch das die französisch-schweizerische Zollgrenze auf die politische Grenze zurückgeführt wird. Damit sind die Freizonen, die 1815 aufgerichtet wurden, beseitigt.

Paris. Die englische Regierung will zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die durch den gestiegenen Rohstoff nachgerade kritisch geworden ist, energische Maßnahmen gegen die Papiergeldinflation ergreifen.

Batona. Das albanische Parlament ist nach einem letzten Vertrauensvotum für die Regierung aufgelöst worden. Die Mehrzahl der Bevölkerung und der Abgeordneten ist für die republikanische Staatsform.

Preussischer Landtag.

(27. Sitzung.) tt. Berlin, 12. Oktober.

Das Haus verhandelte über Anträge und Anfragen, die sich vor allem mit der schwierigen Ernährungslage, der Förderung von Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen, mit Maßregeln gegen den Wucher usw. beschäftigten.

Abg. Jacoby-Raffauf (Zentr.) begründet den Antrag betr. Mehrerzeugung von Stroh für die Viehzucht. Abg. Menzel-Stettin (Deutschn.) begründet den Antrag seiner Partei betr. Erhaltung und Unterstützung des gewerblichen Mittelstandes. Abg. Schlangensiefen (Deutschn.) begründet den Antrag seiner Partei, wonach sofort Maßnahmen getroffen werden sollen zur Sicherung der durch den Zusammenbruch unserer Währung aufs schwerste gefährdeten Volksernährung.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf:

Das Mißtrauen, das der Vorredner der Reichspolitik und der preussischen Regierung ausgesprochen hat, werden wir zu tragen wissen. Die brennendste Frage ist die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Der Ausfall der Getreideernte gibt die Gewähr, daß wir wenigstens über die nächsten Monate beruhigt sein dürfen. Wenn es den Herren von der Rechten so sehr daran liegt, den Währungsunsicherheit ein Ende zu machen, warum haben denn ihre Freunde im Reichstag gestern die Annahme des Notgesetzes verhindert? Der Redner geht dann auf die Einzelheiten der augenblicklichen Lage ein und auf die Notwendigkeiten gemeinsamer Pflichterfüllung. Wenn wir gemeinsam auf allen Schultern die schweren Lasten tragen, werden wir auch über den bevorstehenden schweren Winter hinwegkommen.

Die Große Anfrage der Abg. Dr. Kaufhold u. Gen. (Deutschn.) wegen der Plünderungen und Brandstiftungen auf dem Lande wird von einem Regierungsvertreter dahin beantwortet, daß gegen die Schädlinge eingeschritten worden ist, daß bereits eine Anzahl von ihnen abgeurteilt ist.

Nachdem noch ein Antrag auf Schutz des Handwerks und des Mittelstandes durch Überweisung von Staatsaufträgen und durch Maßnahmen gegen die Geldentwertung durch den Abg. Blank (Z.) seine Begründung gefunden hat, tritt das Haus in die Besprechung der sämtlichen Anträge und Anfragen ein.

Die Goldsteuern.

Aufwertung und Vereinfachungen.

Berlin, 12. Oktober.

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung ist eine Verordnung des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers erlassen worden und heute in Kraft getreten, die Bestimmungen über Steuerverwertung und Vereinfachungen im Besteuerungsverfahren enthält. Die wichtigsten Punkte lauten:

Zahlungen auf dem Gebiete der Reichsteuern mit Ausnahme der Zölle und der Tabaksteuer, sowie Zahlungen auf Grund des § 2 des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse sind nach den Vorschriften dieser Verordnung aufzuwerten; als Zahlungen gelten nicht Strafen für Steuerhinterziehungen. Ist die Schuld nach dem 31. August 1923 entstanden, so ist die Zahlung auch danach nach dem Goldwert zu leisten,

wenn die Steuer selbst nicht in Gold berechnet wird. Der Goldmarkbetrag der Zahlung richtet sich nach dem Zeitpunkt der Entstehung der Schuld. Der Reichsminister der Finanzen bestimmt das Wertverhältnis, zu dem Zahlungen, die in deutschem Währungsgeld berechnet sind, in Gold umzurechnen sind. (Goldumrechnungssatz.) Wird eine Zahlung, bei der die Schuld nach dem 31. August 1923 entstanden ist, nicht rechtzeitig entrichtet, so sind die Zinsen von dem Goldmarkbetrage zu berechnen.

Sind beim Inkrafttreten dieser Verordnung Zahlungen, betonen die Schuld nach dem 31. Dezember 1922, aber vor dem 1. September 1923 entstanden ist, noch zu bewirken, so gilt als der Betrag, der gemäß dieser Verordnung nach dem Goldwert zu zahlen ist, ein Vielfaches der ursprünglichen Zahlung, und zwar

das Hundertfache bei Entstehung der Schuld in der Zeit von Januar bis Mai 1923.

das Dreißigfache bei Entstehung der Schuld im Juni 1923.

das Zehnfache bei Entstehung der Schuld im Juli 1923.

Ist die Schuld im August 1923 entstanden, so wird die Zahlung auf den 1. September 1923 mit ihrem einfachen Betrage angelegt.

Erstattungen und Vergütungen auf Grund von Zahlungen, die nach dem 31. August 1923 geleistet worden sind, sind nach dem Goldwert zu bewirken.

Wegfall von Vermögenssteuer und Zwangsanleihe.

Veranlagung und Erhebung der Vermögenssteuer für das Kalenderjahr 1923 werden eingestellt. Die gegen die Veranlagung zur Vermögenssteuer eingelegten Rechtsmittel gelten als erledigt; Kosten bleiben außer Ansatz. Zeichnungen auf Zwangsanleihe können nicht mehr vorgenommen werden. Die Verpflichtung zur Rückzahlung von Zwangsanleihe erlischt. Die Verpflichtung zur Entrichtung der Brotverforgungsabgabe bleibt unberührt.

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt: 1. Rechtsmittel, die im Besteuerungsverfahren eingelegt worden sind, für erledigt zu erklären, wenn es sich um Geldbeträge handelt, die nicht von vornherein auf wertbeständige Grundlage errechnet worden sind, und wenn der Wert des Streitgegenstandes eine gewisse Grenze nicht übersteigt. 2. Bestimmungen über die Abrechnung von Steuern und anderen steuerlichen Geldleistungen zu treffen.

Die Regierungen der Länder werden ermächtigt, im Verordnungswege die entsprechende Anwendung dieser Verordnung oder einzelner ihrer Vorschriften auf Abgaben des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände oder anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften vorzuschreiben.

Amerikanische Anleihe von 100 Millionen Dollar?

Wert des deutschen Eigentums in New York.

Nach amerikanischen Blättermeldungen wurde ein neuer Plan, Deutschland finanzielle Hilfe zu leisten, von einigen amerikanischen Bankiers und verschiedenen anderen amerikanischen Interessenten der deutschen Regierung vorgelegt. Wie aus den Bankierkreisen den Blättern mitgeteilt wurde, geht der Plan davon aus, daß in New York allein das deutsche Eigentum einen Wert von 500 Millionen Dollar darstellt. Diese Summe kann als Garantie für eine Anleihe von 100 Millionen Dollar verwendet werden, die nach Deutschland gesandt, dort in Umlauf gebracht und so dem deutschen Volk das Vertrauen in die Währung bringen würden.

Die Reichsregierung hätte dem Plan großes Interesse entgegengebracht und ihren Vertreter in Washington beauftragt, die Verhandlungen hierüber fortzusetzen.

Derartige Pläne sind schon öfters von Amerika aus laut geworden. Nie ist etwas daraus geworden. Ob diesmal die Nachrichten auf ersterer Basis stehen, muß abgewartet werden. Einen gewissen Wert gewinnt in diesem Zusammenhang die Meldung, daß der ehemalige Reichskanzler Dr. Cuno vom amerikanischen Präsidenten Coolidge in Washington empfangen wurde. Obwohl es sich um einen Höflichkeitbesuch handelte, glaubte man doch zu wissen, daß Dr. Cuno dem amerikanischen Präsidenten die Lage Deutschlands in allen Einzelheiten schilderte.

Zeigners Programmrede.

Der neue Kurs in Sachsen.

Im sächsischen Landtag verlas der Ministerpräsident Dr. Zeigner eine programmatische Erklärung der neuen Regierung, in der es u. a. heißt:

„Die neue Regierung ist die Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung.“

Die werktätigen Schichten ganz Deutschlands sind auf schwerste bedroht. Dr. von Kahr und Graf Westarp haben das Lösungswort gegeben: Nieder mit dem Marxismus! und damit nicht nur der Arbeiterchaft, sondern allen republikanischen und proletarischen Schichten den Kampf angesagt. Das Großkapital ist zur Offensive übergegangen. Demgegenüber erklärt die sächsische Regierung: Sie wird zu jeder Zeit sich als Regierung der werktätigen Bevölkerung fühlen und betätigen. Ihre besonderen Sorgen sollen den Armen gelten, allen den proletarischen Schichten, die ohne staatlichen Schutz überhaupt zugrunde gehen müssen. Gestützt auf die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Angehörigen der freien Berufe, Kleinbauern und die sinkende Mittelschicht will sie die Gefahr der großkapitalistischen Militärdiktatur bannen, die greifbar vor uns steht. Sie wird dabei alles versuchen, um eine solche Diktatur zu verhindern und den Bürgerkrieg zu vermeiden. Sie erwartet opferbereite Mitarbeit aller proletarischen Schichten und Organisationen. Diese Organisationen mit allen Kräften zu fördern, wird eine der wichtigsten Aufgaben der sächsischen Regierung sein. Im Reich wird sich die sächsische Regierung mit aller Energie dafür einsetzen, daß wirtschaftliche und finan-

ziene wahrengetroffen werden, die geeignet sind, den Verlauf der Mark, unserer Staatsfinanzen, der gesamten wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte zu bannen. Mit aller Energie wird sie für die Erfassung der Sachwerte, für die Produktionskontrolle, für die Erhaltung des Achtundzestages und die Erfassung der Devisen eintreten. In Bayern und den besetzten Gebieten erhebt der Separatismus sein Haupt und Monarchisten und Schwerindustrie verbinden sich mit dem Landesfeind, um ihre Profithegemonie weiterhin aufrecht erhalten zu können. Demgegenüber erklärt die sächsische Regierung:

Wir stehen zum Reich und werden für die Einheit Deutschlands bis zum äußersten kämpfen. Wir sind überzeugt, daß unser Ruf zur Sammlung und zur Abwehr im gesamten Volke Widerhall finden wird.

Darauf stellte der deutschnationale Abg. Hoffmann einen Mißtrauensantrag, der auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am Dienstag gesetzt wird.

Erklärung des sächsischen Finanzministers.

Der neue Finanzminister des kommunistisch-sozialistischen Kabinetts, der Kommunist Böttcher, erklärte einem Journalisten über die Stellung des neuen sächsischen Kabinetts zum Ausnahmestand: Wir werden alles tun, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Eine Reichsregulativ in Sachsen würde in Deutschland das Signal zum Bürgerkrieg sein. Die Basis der sächsischen Regierung in der Arbeiterschaft ist so breit, daß die Reichsregierung solche Schritte nur tun kann, wenn sie die Absicht hat, die Arbeiterorganisationen im Reich zu zertrümmern und damit den Bürgerkrieg auszulösen.

Brotzuschüsse für Kinderreiche.

Verlängerung der Markenbrotversorgung?

Im Reichsrat wurde vom Arbeitsministerium folgende Erklärung abgegeben: Angesichts des Fortfalls der Markenbrotversorgung zum 15. Oktober und der damit verbundenen Steigerung des Brotpreises werden von diesem Zeitpunkt an kinderreiche Familien Zuschüsse zum Brotkauf gewährt. Außerdem werden zur Erleichterung des Übergangs zur freien Brotversorgung besondere Mittel für Sozial- und Kleinrentner ausgeschüttet. Bei den Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Erwerbslosen wird diese Verteuerung bei der laufenden Erhöhung der Bezüge schnellstens berücksichtigt werden.

Ferner wurde bei einer Parteivertreterbesprechung im Ernährungsministerium von der Regierung die Mitteilung gemacht, daß man beabsichtigt, die am 15. Oktober in Aussicht genommene Verbilligung des Brotes für Sozialrentner, Kriegsbeschädigte, Armengeldempfänger, Kleinrentner und Erwerbslose erheblich einzuschränken, und daß ein Teil der für diese Brotverbilligung eingegangenen Mittel zur Kinderpeisung und zur Verbilligung von Milch verwandt werden sollte, da etatsmäßige Mittel für diese Zwecke nicht mehr verfügbar seien. Außerdem komme in Betracht, daß von der ersten Hälfte der Brotabgabe, die im August eingezogen wurde, nur ein nicht wertbeständig angelegter Betrag von 2,7 Millionen vorhanden sei. Nach langen Verhandlungen wurde folgender Antrag vereinbart:

„Da vom 15. Oktober 1923 ab die Brotversorgung mit Brotarten aufhört und angesichts des in den letzten Tagen eingetretenen Währungsverfalls die Gefahr besteht, daß die Brotversorgung eines großen Teils des Volkes auf außerordentliche, die innere Ruhe und Ordnung gefährdende Schwierigkeiten stößt, fordert der Reichstag die Reichsregierung auf, bis zur Festlegung der Währung die Brotversorgung zu erschwüngen Preisen zu sichern und zwar zunächst durch Fortführung der gegenwärtigen Markenbrotversorgung bis Ende des Monats.“

Durch diesen Antrag ist zunächst die unmittelbare Gefahr, die mit dem Ende der Markenbrotversorgung am 15. Oktober verknüpft ist, gemildert.

Die T-Mark der Banken.

Ab 15. Oktober wird das gesamte deutsche Bankgewerbe, und zwar sowohl die privaten Firmen als auch die staatlichen Geldinstitute, insbesondere also auch die Reichsbank, die T-Mark einführen. Diese Mark ist nichts anderes als der 100fache Betrag der Papiermark, abgekürzt als Bezeichnung in TM. Die letzten drei Ziffern einer Marksumme, die wegen der bereits durchgeführten Abrundung auf volle 1000 M. stets drei Nullen sind, werden nicht mehr geschrieben und gebucht; an Stelle der fortgelassenen drei Nullen tritt die Bezeichnung TM. Es handelt sich also um eine rein technische Maßnahme, veranlaßt durch die Notwendigkeit, die zahlenmäßige Darstellung der Markbeträge zu vereinfachen. Durch diese Ver-

zierung der Zahlen wird eine wesentliche Arbeitersparnis und Vereinfachung sowie eine leichtere Lesbarkeit der Zahlungsbefehle erzielt. Das Publikum wird gebeten, sich diesem Verfahren anzuschließen und im Schriftwechsel vom 15. Oktober 1923 an nur noch die T-Mark anzuwenden, wie auch die Banken von diesem Tage an ihre Ausgaben ausschließlich in T-Mark machen werden.

lokales und Provinzielles.

Halver, 15. Oktober 1923.

Neue Bahnpreise vom 13. Oktober ab.

Vom Sonnabend, 13. Oktober, ab kostet der Einzelflo-meter in der vierten Klasse 2,64, dritter 3,96, zweiter 11,88 und erster 23,76 Millionen. Die Schnellzugzuschläge betragen für die drei Zonen in dritter Klasse 60, 120 und 180 Millionen, in zweiter 180, 360 und 540, in erster Klasse 360, 720 und 1080 Millionen. Einschließlich Schnellzugzuschläge stellt sich danach eine Fahrt

von	nach	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.
Stettin	Berlin	1980	660	330
Leipzig	"	2520	840	444
Dresden	"	2700	900	480
Hannover	"	3636	1212	696
Hamburg	"	3996	1332	768
Breslau	"	4572	1524	888
Dortmund	"	6156	2052	1248
Essen	"	6516	2172	1320
Frankf. a. M.	"	7020	2340	1440
Köln	"	7572	2524	1536
Königsberg	"	7668	2556	1584
München	"	8388	2796	1752

□ Die kommenden Milliardennoten. Die neuen Reichsbanknoten über 1 Milliarde, 5 und 10 Milliarden werden dieser Tage in den Verkehr gebracht. Der neue Geldschein über 1 Milliarde ist auf weißem Papier gedruckt. Das rechtsseitig im Papier eingepreßte Wasserzeichen stellt Diefelblätter in ornamentaler Verarbeitung dar. Die beiden anderen neuen Banknoten sind ebenfalls auf weißem Papier hergestellt. Das Wasserzeichen des Fünfmilliarden Scheines stellt Eichenlaub mit Kreuzornamenten in ornamentaler Verarbeitung dar. Das Wasserzeichen des Zehnmilliarden Scheines bildet Diefelblätter in ornamentaler Verarbeitung. Der übliche Hauptausdruck ist bei allen drei Scheinen, deren Rückseiten unbedruckt sind, in schwarzer Farbe gehalten.

* Schulnachrichten. Der Nr. 19 des Amtlichen Schulblattes für den Regierungsbezirk Arnsberg enthalten wir folgende Personalnachrichten: Es wurden 1 Mittelschullehrer, 1 Rektor, 4 Konrektoren bzw. Konrektorinnen ernannt. 11 Lehrpersonen erhielten einstweilige und 7 endgültige Anstellung. Auf Antrag sind 6 Lehrpersonen aus dem öffentlichen Volksschuldienst des Bezirks entlassen. 19 Lehrpersonen wurden in den Ruhestand versetzt. 2 Schulstellen sind neu errichtet, 9 Schulstellen umgewandelt. 5 Erlaubnisscheine zum Privatunterricht wurden ausgestellt. 8 Schulstellen sind erledigt.

* hk. Stundung und Erlaß der Arbeitgeberabgabe. Das Betriebsabgabengesetz, gegen dessen Durchführung die Industrie Einspruch erhoben hat und das vermutlich recht bald den Reichstag beschäftigen wird, soll nach der Auffassung des Finanzministeriums, das mangels eines Betätigungsverfahrens endgültig über die Abgabepflicht zu entscheiden hat, eine Besitzsteuer sein, die aus den laufenden Einnahmen und in deren Ermangelung aus der Substanz des Betriebs- oder Privatvermögens der steuerpflichtigen Arbeitgeber zu tragen ist. Die Abgabe nach dem Steuerabzug der beschäftigten Arbeitnehmer soll lediglich eine Erhebungsform für die Besitzabgabe darstellen. Das Reichsfinanzministerium steht auf dem Standpunkt, das infolgedessen auch die §§ 105 und 108 der Reichsabgabenordnung, die Stundung oder Erlaß bei besonderer Härte vorsehen, nur in beschränktem Maße hierbei anzuwenden seien. Demgegenüber stehen zahllose Fälle, in denen die Erhebung der Betriebsabgabe nicht nur eine Härte, sondern eine fast völlige Unmöglichkeit darstellt, z. B. bei reinen Werklohnarbeitern. Das Reichsfinanzministerium hat infolgedessen Anlaß genommen, den Finanzämtern in einem Erlaß zu empfehlen, in denjenigen Fällen, in denen die Löhne einen außerordentlich hohen Aufkosten-

anteil ausmachen und weder genügend laufende Einnahmen noch Substanz vorhanden ist, den steuerpflichtigen Arbeitgebern durch Stundung und erforderlichenfalls durch Erlaß der Betriebsabgabe entgegenzukommen. Die Entscheidung in wichtigen Erlaßanträgen behält sich das Reichsfinanzministerium selbst vor.

* hk. Führung eines Devisenbuches. In das Devisenbuch müssen eingetragen werden:

1. die Devisen, die im reinen Auslandsverkehr erworben sind („Wer als Exporteur . . . Zahlungs-mittel oder Forderungen in ausländischer Währung erwirbt.“)

2. Devisen, die auf Grund von Geschäften über Lieferung von Waren, die sich im Ausland oder auf hoher See befinden, erworben sind. Ein Erwerb kommt hier bei nur in Frage, wenn der deutsche Kaufmann Verkäufer ist und die Waren fürs Ausland bestimmt sind.

3. Devisen, die beim Einfuhranschlußgeschäft erworben werden. Es kommt hier nur der Fall in Frage, daß ein deutscher Importeur von seinem deutschen Abnehmer Devisen erhält;

4. Devisen, die beim Ausfuhrgeschäft erworben sind. Hier handelt es sich um Devisen, die der deutsche Kaufmann vom deutschen Exporteur erhält, denn die Devisen, die der Exporteur aus dem Ausland erhält, fallen schon unter 1.;

5. Devisen, die bei Geschäften über Beförderung von Waren erworben werden. Hier kommt nur in Frage, daß der deutsche Spediteur vom deutschen Kaufmann Devisen erhält für die Beförderung von Waren, die sich im Ausland befinden oder die ins Ausland bestimmt oder von dem Ausland kommen.

Devisen, die von Devisenbanken erworben werden brauchen nicht in das Devisenbuch eingetragen zu werden. Das Devisenbuch ist nicht an eine bestimmte Form gebunden, auch ist kein Muster vorgeschrieben. Es brauchen nur Ein- und Ausgänge gemeldet zu werden, nicht aber auch der Devisenbestand. Als Ausgänge sind auch die Devisen anzugeben, die an die Reichsbank oder eine Devisenbank abgegeben werden.

— Halver, 13. Okt. Die nächste Mütterberatungsstunde findet am Freitag, den 19. Okt. nachm. von 1—2 Uhr statt.

& Halver, 15. Okt. Vor mehreren Jahren blühte die Uhr an der Außenseite unseres Kirchturmes einen Teil ihres großen Zeigers, des Minutenzeigers, ein. Bei einem sehr kalten Regentage, das den hieniederfallenden Regen sofort zu Eis gefrieren ließ, wurde dieser Zeiger durch das Eis so belastet, daß er mitten durchbrach. Später verschwand auch die noch stehengebliebene Hälfte. Der nun noch übrig gebliebene Stundenzeiger lockerte sich auch allmählich und der orkanartige Sturm in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag lockerte ihn vollends und beraubte ihn jeden Haltes, sodaß er am folgenden Tage herabstürzte. Während früher das äußere Zifferblatt genau die Zeit erkennen ließ, später mit dem einen Zeiger wenigstens noch die Stunde, in der wir uns befanden, läßt uns das äußere Zifferblatt nun hinsichtlich der Zeit vollständig im Stich. Allgemein wünscht man, daß das Zifferblatt bald wieder seine beiden Zeiger bekommen möge.

§ Halver, 13. Okt. Die fälligen Kirchensteuern sind sofort bei der Gemeindefasse Halver zu entrichten.

Eine Familientragödie vor dem Hagener Schwurgericht.

Hagen, 12. Okt. Das Drama auf Gut Sassenheide bei Wiblingwerde, bei dem der Gutsbesitzer Franz Schulte-Heide seinen Tod fand, hatte gestern ein gerichtliches Nachspiel vor dem Hagener Schwurgericht. Dort hatte sich der 53jährige Fabrikant Eberhard Sörries aus Hagen wegen vorläufiger Tötung zu verantworten. Der Antrag zu der Verhandlung, in der Landesgerichtsrat Schulenberg den Vorsitz führte, Staatsanwalt Lennberg die Anklagebehörde vertrat und die R.-M. Justizrat Stahl und Dr. Sanz mit der Verteidigung des Angeklagten betraut waren, war ungewöhnlich stark. Der Zeugenaufruf ergab die Anwesenheit von 18 Zeugen und

Zeit erlaubte, war er draußen in der Villa Elfriede und brachte dort seine schönsten Stunden.

Eines Vormittags hatte Hans Reichmann in Auer Villa ganz in der Nähe des Parthischen Landhauses zu tun. Als er bei der Rückfahrt an dessen Parktor vorbeikam, sah er gerade drinnen Elfriede spazieren gehen. Er stieg ab und trat ein. — Freundlich leuchtete es in Elfriedes Augen auf, als sie den Besucher erkannte. In festem, herzlichem Grusse begrüßte sie ihre Hände, dabei sprach Hans Reichmann: „Guten Morgen, Fräulein Elfriede. Schon in Bewegung; wie geht es? Der Herr Oberst und Frau Mama sind wohl?“

„Besten Dank, Herr Doktor. Papa und Mama sind schon nach Schwandach hineingefahren, um einiges zu besorgen. Ich bin schon lange auf. Ich liebe die schönen Morgen und verschlafe keinen.“

Sie schritten nebeneinander in dem kühlen Nebengange hin, der prächtigen Schatten bot.

Plötzlich nahm Elfriedes Gesicht einen ernsten Ausdruck an, als sie sich an ihren Begleiter mit den Worten wandte: „Herr Doktor, ich forge mich in letzter Zeit wieder sehr um Mama. Sie will mir nicht recht gefallen. Sie ist ja schon jahrelang leidend, aber trotzdem sie nie klagt und ihre gewöhnliche Lebensweise führt, fürchte ich, daß sie sich in jüngster Zeit schlechter fühlt.“

„Was fehlt denn der Frau Mama?“

„Sie ist nervenleidend und hat einen sehr schwachen Magen. Ich wollte, Mama zöge Sie einmal zu Rate. Aber da mit darf man ihr nicht kommen. Wenn Papa oder ich eine Erwähnung tun, sie möge sich doch einmal an einen Arzt wenden, so wehrt sie sich ganz gewaltig dagegen. Sie meint, sie frant sei sie nicht, und ein Arzt könne ihr überhaupt nicht helfen.“

Hans Reichmann lachte. „Das ist aber nicht sehr schmeichelhaft für uns. Solch eine schlechte Meinung zu haben. Vielleicht wäre doch eine Hilfe möglich.“

„Glauben Sie?“

„Es käme natürlich auf eine gründliche Untersuchung an, um ein Urteil abgeben zu können.“

„Das ist eben das Schwierige. Aber ich will mich hinter Papa stellen; vielleicht gelingt es uns doch, Mama zu überreden. Sie müssen schon wieder gehen?“

(Fortsetzung folgt.)

Mittagsonne.

Roman von Wolf vom Rosenegg.

4) Nachdruck verboten.

Gleich nach der Morgenordination fuhr er am nächsten Morgen zum Landhause des Obersten hinaus. Zu seiner freudigen Überraschung traf er Elfriede im Garten. Mit lieblichem Lächeln reichte sie ihm die Hand, und plaudernd ging er an ihrer Seite dem Hause zu.

Die Frau Oberst hatte Elfriede eben am Krankenbette abgelöst und das Mädchen an die frische Luft geschickt. Nun aber ging Elfriede mit dem Arzte doch wieder in das Krankenzimmer zurück.

Hans Reichmann fand den Obersten bei bester Stimmung; er konnte feststellen, daß sich das Befinden des alten Herrn rasch gebessert hatte. Er teilte die frohe Nachricht den beiden Damen mit und nun rief der Oberst lachend: „Da seht ihr es; gar keine Ursache zum Verzweifeln. In zwei Tagen will ich wieder hinaus.“

„So schnell geht das nicht“, meinte Hans Reichmann, „etwas länger müssen Sie sich schon noch gedulden, Herr Oberst. Wir wollen einen Rückfall vermeiden.“

Der Oberst wehrte sich, er fühlte sich ganz wohl, auch das Schwindelgefühl, das er gestern Abend noch stark verspürte, sei vollständig verschwunden. Doch seine Frau und besonders Elfriede redeten ihm zu, den Befehlen des Herrn Doktors zu folgen, bis er sich brummend fügte. Der ärztliche Besuch als solcher war rasch beendet, trotzdem blieb Hans Reichmann reichlich eine Stunde im Landhause und verbrachte sie mit den drei Menschen, die er in so kurzer Zeit hochschätzen gelernt hatte, in angenehmer Weise. Was ihm mit besonderer Freude erfüllte, war der Umstand, daß Elfriedens und seine Ansichten fast stets übereinstimmten oder doch nie allzuweit voneinander abwichen.

Längere Zeit, als er es vor seinem ärztlichen Gewissen vereinbaren konnte, setzte Hans Reichmann seine Besuche im Landhause des Obersten fort. Der alte Herr hatte sich inzwischen von seinem Unwohlsein völlig erholt und fühlte sich wieder so gesund wie vorher. So erklärte denn Hans Reichmann eines Tages, wenn auch mit Bedauern, dem Obersten, daß seine weiteren Besuche nicht mehr notwendig seien, da er als Arzt hier nun überflüssig sei.

„Als Arzt, Gott sei Dank“, meinte lachend der Oberst, „aber nicht als Mensch. Ich hoffe zuversichtlich, daß wir recht oft das Vergnügen haben werden, Sie bei uns zu sehen. Es bedarf keiner besonderen Einladung. Wenn Ihr schwerer Beruf Ihnen Zeit läßt und Sie uns ein Stündchen widmen wollen, wird es uns sehr freuen.“

Ueberrascht und erfreut dankte Hans Reichmann und erklärte, der liebenswürdigen Einladung gern Folge leisten zu wollen.

So wurde er dann, nachdem er im Landhause des Obersten als Arzt nichts mehr zu tun hatte, ein Freund der Familie, der zu jeder Stunde willkommen war und mit dem alsbald die vertraulichsten Angelegenheiten besprochen wurden.

Bestens kam es vor, daß Elfriede und Hans Reichmann im Garten spazieren gingen, dabei ihre Ansichten über Welt und Menschen, über Bücher und andere Erscheinungen des Lebens tauschten. Es waren dies für Dr. Hans Reichmann Stunden, in denen er mit keinem Menschen gelauscht hätte. Er wußte gar zu gut, wohin diese Stunden führen mußten, naturgemäß, denn er sah klar in sein Inneres; er konnte dem werdenden nicht wehren und wollte es auch nicht, seit er ahnte, daß ähnliches wie bei ihm auch bei Elfriede geschah. Es war daher vielleicht nicht entschuldbar, wenigstens vor seinem Gewissen nicht, aber menschlich begreiflich, daß seine Gedanken nunmehr wenig beta seiner Base weilten, denn ein heller Stern war ihm aufgegangen, der verheißungsvoll in eine Zukunft leuchtete, die er an Kläre Reichmanns Seite nie erwarten durfte.

Es ließ sich aber freilich nicht vermeiden, daß er oft ferner Menschen gedachte, denen er alles verdankte, und dann kamen Minuten, in denen er sich selbst die heftigsten Vorwürfe machte, denn in letzter Zeit hatte er Kläre und den Vetter arg vernachlässigt; hatte ihnen höchstens mit ein paar flüchtigen Worten auf einer Karte ihre Briefe beantwortet und mußte, als Kläre in einem Briefe, zwischen dessen Zeilen die Sorge und Unruhe, die sie erfüllte, leicht herauszukennen waren, fragte, warum er so schweigsam geworden sei, zu Ausreden seine Zuflucht nehmen und seine angestrengte Tätigkeit, die ihm nur wenig freie Zeit lasse, vor-schützen.

Er schalt sich undankbar, nahm sich alles mögliche vor, jedoch es blieb nur bei den Vorwürfen. So oft es ihm die

...wird gegen den Vormonat etwa geringere
teilt. Infolge der nachlässigen Witterung von Mai bis Juni
und der darauf folgenden längeren Trockenheit in den meisten
Gebieten konnten sich die Früchte nicht voll entwickeln. Die
Ernte der Herbstkartoffeln ist im vollen Gange. Die
Knollen sind vielfach nur klein geblieben. Der Ertrag, der
wesentlich geringer ausfallen wird als im Vorjahre, wird als
Mittelernie eingeschätzt. Auch der Ertrag an Zuckerrüben und Runkel-
rüben dürfte über eine Mittelernie nicht erheblich hinausgehen.
Das Heu des zweiten Klee- und Wiesenschnitts befindet
sich in Süd- und Mitteldeutschland bereits unter Dach, in den
übrigen Gebieten, vor allem in den Küstengegenden aber zum
großen Teile noch auf dem Felde. Während die Güte des
Heues gelobt wird, scheint die Menge nicht überall, besonders
im Süden des Reichs, den Erwartungen zu entsprechen. Zimmer-
holz werden die Erträge noch als ziemlich befriedi-
gend bezeichnet. Die Herbstweiden sollen in den nördlichen
Gebieten reich, in den südlichen Gegenden häufig nur ge-
ringe Nahrung geben.

Kleine Nachrichten.

Billionenpende für das Ruhrgebiet.

Berlin, 12. Oktober. Der Verband der Fabrikanten von
Wäsen, Kostümen und verwandten Artikeln und der Ver-
band für Damen- und Mädchenbekleidung haben dem Reichs-
kanzler eine umfangreiche Textilspende für das Ruhrgebiet
übergeben, die einen außerordentlich wertvollen Beitrag zur
Überwindung der Not des besetzten Gebietes darstellt. Die
Spende umfasst annähernd 5000 Paar Strümpfe, gegen
14 000 Hemden, 4000 Weinleider und 1000 Kinderanzüge.
Sie ist dem Deutschen Volksoffizier zur Verfügung gestellt
worden und wird von Vertretern der Spender in Gemein-
schaft mit den zuständigen Behörden auf die Industriestädte
des Ruhrgebietes verteilt werden.

Vertagung des Preussischen Landtages am 13. Oktober.

Berlin, 12. Oktober. Der Ältestenrat des Preussischen
Landtags beschloß unter dem Widerspruch der Deutschnationa-
len und Kommunisten die Vertagung des Landtages vom
13. Oktober bis zum 27. November.

Bewegung in Solingen und Elberfeld.

Solingen, 12. Oktober. Infolge Erhöhung des Preis-
multiplikators für Lebensmittel bemüht sich der Bevölke-
rung eine beträchtliche Erregung. Es kam zu Zusammen-
rottungen, worauf zwei Geschäfte geplündert wurden. Die
Polizei verhinderte weitere Ausschreitungen. Abends haben
sich größere Menschenmassen vor dem Rathaus angesammelt.
Im Lauf von Ausschreitungen am Vormittag wurde die
Polizei mit Steinen beworfen, worauf sie von der Waffe Ge-
brauch machte. Hierbei sind leichte Verletzungen vorgekom-
men. Eine Gruppe drang in das Postamt ein, trieb das
Publikum aus dem Schaltervorraum, wobei sie in der Haft
liegen gelassene Beträge mitgenommen haben soll. Der
60jährige Kriminaloberkommissar Henschel erlitt bei den Vor-
fällen einen Schlaganfall, an dessen Folgen er im Kranken-
haus gestorben ist. — Auch in Elberfeld haben in verschiede-
nen Stadtteilen Ansammlungen stattgefunden. Doch ist es zu
weiteren Unruhestörungen nicht gekommen.

Unruhen in Wiesbaden.

Wiesbaden, 12. Oktober. In der Altstadt und im
westlichen Stadtteil kam es verschiedentlich zu Unruhen
und Plünderungen. Die Erwerbslosen zogen nachmittags
vor das Rathaus und verlangten von der Stadtverwaltung
eine Beihilfe von angeblich zehn Millionen. Anschließend
an diese Kundgebung führten einige Trupps verschiedene
Geschäftshäuser und nahmen Plünderungen vor. Die Ge-
schäftsinhaber, die vorher gewarnt worden waren, hatten
zum größten Teil die Läden geschlossen. Die Unruhen auf
den Straßen dauerten bis zum Abend an. Schließlich ge-
lang es dem Vorgehen der Polizei, Ruhe und Ordnung
wiederherzustellen. Verschiedene Verhaftungen wurden
vorgenommen. — Die Arbeiter des graphischen Gewerbes
sind schon seit Samstag im Ausstand. Jetzt sind auch die
Bauarbeiter wegen Lohnforderungen in den Streik ge-
treten.

Der Streik in Polnisch-Oberschlesien.

Königschütte, 12. Oktober. Das Personal des hiesigen
Post- und Telegraphenamtes hat aus unbekannten Gründen
den Streik vorübergehend unterbrochen. Infolgedessen könnte
über die Lage folgendes in Erfahrung gebracht werden: Auf
allen Gruben und Hütten Polnisch-Oberschlesiens wird in
vollem Umfange weitergestreift. Der Bahn-, Post- und Tele-
graphenverkehr steht still. Die unteren Justizbeamten haben
sich der Aufstandsbeziehung angeschlossen, ebenso hat die
Straßenbahn den Betrieb eingestellt. Neben der Beilegung
der gegenwärtigen Lohnunterschieden verlangen die Ausständi-
gen nunmehr die Aufstellung einer Indexziffer für alle künf-

tigen Lohn- und Gehaltszahlungen. Die polnische Regierung
bemüht sich um die Beilegung des Konflikts.

Sonderabkommen mit England.

London, 12. Oktober. Der Sonderberichterstatter der
„Daily News“ in Berlin erklärt, von vertrauenswürdigster
Seite erfahren zu haben, daß Großbritannien entschlossen sei,
der deutschen Regierung jetzt die moralische Unterstützung an-
gedeihen zu lassen, die sie verdiene. Die britische Botschaft in
Berlin habe der Reichsregierung mitgeteilt, daß die eng-
lische Regierung bereit sei, mit Deutschland ein Sonderab-
kommen über die Wiederaufnahme der Arbeit in der eng-
lischen Besatzungszone und namentlich über die Wiederauf-
nahme des Eisenbahnverkehrs zu treffen.

Eine Anleihe an Sinnes?

Paris, 12. Oktober. Aus London wird gemeldet, daß
Vertreter des Hugo-Sinnes-Konzerns dort angekommen
sind in der Absicht, eine englische Anleihe von fünf Millio-
nen Pfund zu erhalten. Die Verhandlungen werden auf
deutscher Seite von einer Gruppe von Grubendirektoren
und von Vertretern der Metallindustrie geführt, ohne daß
die deutsche Regierung daran teilnimmt. Als Garantie
für die Anleihe sollen ausländische Devisen an neutralen
Plätzen zur Verfügung gestellt werden.

Welt und Wissen.

w. Versteckte Gifte. In der Pflanzenzeit erscheint es nicht un-
angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Pflanzenteile, ebenso
wie die Rindschädel, ein gefährliches Gift, nämlich Blausäure,
enthalten. Kindern sollte deshalb das Aufknacken von Pflanz-
menten und das Essen der Kerne streng untersagt werden.
Es ist überhaupt dringend vor dem Genuß dieser Kerne zu
warnen; empfindliche Magen werden schon durch einen ganz ge-
ringen Genuß der Kerne schwer in Mitleidenschaft gezogen.
Viele Köchinnen zerhacken beim Einkochen der Früchte die
Schalen, um die Kerne mitzuverwenden, da sie den Früchten
einen eigenen herben Wohlgeschmack verleihen. Bei Vergiftun-
gen durch derartige blausäurehaltige Kerne sind Brechmittel zu
geben, ferner schwarzer Kaffee, dem auf eine Tasse 20 bis
30 Tropfen Salzwasser zugesetzt sind; auch empfehlen sich
Gismischläge oder kalte Übergießungen. Solche Mittel sind je-
doch nur zur einstweiligen Linderung anzuwenden, auf alle
Fälle muß der Arzt hinzugezogen werden. Auch die Kartoffel
erzeugt, wie man weiß, ein schweres Gift, das Solanin, das
Fieber, Kopfschmerz und Schläfrigkeit zur Folge haben kann.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Der Prozeß gegen den Garbenentrichter Antermann. In
dem Verfahren gegen den vor einiger Zeit in Wien verhafteten
und dann an Deutschland ausgelieferten früheren Oberleutnant
Walter Antermann, der seinerzeit das Attentat gegen den
Erichthaler Maximilian Harden ausgeführt haben soll, ist die
Voruntersuchung abgeschlossen worden. Die gerichtliche Ver-
handlung wird wahrscheinlich in der zweiten Novemberhälfte
vor einem Berliner Schwurgericht stattfinden.

§ Verurteilung im Mordverbrechen. In dreitägiger Sitzung wurde
vor dem Schwurgericht in Köln gegen Frau Franziska Waga-
mann und deren Liebhaber, Joseph Schneider, verhandelt.
Beide hatten gemeinsam dem kranken Ehemann der Waga-
mann mit Arsenit vergiftete Speisen verabreicht. Der Ehe-
mann ist am 18. April d. J. gestorben. Die Leichenöffnung
ergab Arsenitvergiftung. Die Frau wurde des Mordes, ihr
Liebhaber der vorläufigen Tötung für schuldig erklärt. Frau
Wagmann wurde zum Tode, der Liebhaber zu zwölf
Jahren Zuchthaus verurteilt.

§ Das Ende des Gismordprozesses Huber. Aus München
wird berichtet: In dem Gismordprozeß Huber wurde am
Dienstagabend das Urteil gefällt. Der Angeklagte Huber,
der drei Verurteilungen vergiftet und an zwei anderen Ver-
giftungsversuche gemacht haben soll, wurde nur in einem Falle
schuldig befunden und zu 15 Jahren Zuchthaus ver-
urteilt. In den anderen Fällen sah das Gericht den Schuld-
beweis nicht als erwiesen an.

§ Ein Nachspiel zum Rathenau-Mord. Der Staatsgerichtshof
zum Schutze der Republik verhandelte unter dem Vorsitz des
Reichsgerichtsrats Niedner gegen den Studenten Johannes
Peters aus Neustadt, den kaufmännischen Angestellten Wiese
aus Wendisch-Wehningen und den früheren Postsekretär Buesch
aus Leuzen. Die drei waren der Begünstigung der Rathenau-
mörder Kern und Fischer, die sich bekanntlich auf der Burg
Saaleck erschossen haben, angeklagt. Auf ihrer Flucht waren die
Mörder zu Peters gekommen und hatten die Erlaubnis er-
halten, in seinem Hause zu übernachten. Das Urteil lautete
gegen Peters und Wiese auf je acht Monate Gefängnis, gegen
Buesch auf ein Jahr Gefängnis. In der Urteilsbegründung
wurde hervorgehoben, daß der Gerichtshof alle drei Angeklagten
der Begünstigung der Rathenau-Mörder für überführt halte.

§ Ein kommunistischer Aufstand vor Gericht. Das Schwur-
gericht in Dortmund verurteilte gegen den 24 Jahre alten

Drehr Karl Bresler wegen schweren Aufruhrs und ver-
botenen Waffentragens. Als die Kommunisten am 22. Mai
dieses Jahres nach einer Versammlung auf dem Hansaplatz
in Dortmund nach der Polizeistation zogen, um diese zu über-
fallen und durch Entwaffnung der Beamten in den Besitz von
Waffen zu kommen, besaß sich Bresler, mit einer Pistole be-
waffnet, an der Spitze des 500 bis 600 Mann starken Haufens
und feuerte auf die Polizei. Nach einem von ihm abgegebenen
Schuß brach der Polizeibeamte Hombruch zusammen und erlag
ein paar Tage darauf seinen schweren Verletzungen. Die Ge-
schworenen sprachen Bresler des schweren Aufruhrs unter Ver-
neinung mildernder Umstände schuldig. Das Gericht erkannte
auf je sechs Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

§ Schwere Anklagen gegen einen Regierungsrat. Vor der
Strafkammer des Landgerichts Frankfurt (Oder) wird in
kurzer die Strafsache gegen den Regierungsrat Toll, der im
April d. J. in seinem Dienstzimmer verhaftet wurde, zur Ver-
handlung gelangen. Toll wird zur Last gelegt, als Leiter der
Flüchtlingsfürsorge in den östlichen Grenzgebieten ihm anber-
traute weibliche Angestellte durch Mißbrauch seiner Dienst-
gewalt genötigt zu haben, sich ihm hinzugeben und körperliche
Züchtigungen mit einem Rohrstock von ihm zu erdulden. Zu
der Verhandlung sind zahlreiche Zeugen geladen.

§ Polnische Justiz. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit fand
in Königsberg der Prozeß gegen den Deutschstumsbund, der der
„Spionage zugunsten Deutschlands“ bezichtigt wurde, statt.
Einer der Angeklagten wurde zu 4 Jahren 7 Monaten Zuchthaus
verurteilt, die anderen erhielten Gefängnisstrafen von
2 Wochen bis zu 2 Jahren. Die Verurteilten haben gegen das
Urteil Revision eingelegt.

Börse und Handel.

In tausend Mark Was kosten fremde Werte? In tausend Mark

Börsenplätze	12. 10.		11. 10.	
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.
Holland 1 Gulb.	1556100	1563900	1985025	1994975
Dänemark 1 Kr.	698250	701750	893760	898240
Schweden 1 Kr.	1045380	1050620	1332660	1339340
Norwegen 1 Kr.	618450	621551	784035	787965
Amerika Doll. *	3990000	4010000	5047350	5072650
England 1 Pf.	17955000	18045000	22942500	23057500
Schweiz 1 Fr.	708225	711775	678300	681700
Frankreich 1 Fr.	239400	240600	305235	306765
Belgien 1 Fr.	204487	205512	250350	250650
Italien 1 Lira	179550	180450	229425	230575
Öst.-Öst. 1 Kr.	55.461	55.789	71.820	72.180
Ungarn 1 Kr.	209.475	210.525	269.325	270.675
Tschechien 1 Kr.	117705	118295	151620	153380

*) Nachbörslisch Dollar 4.8 Milliarden.

Eine Goldmark = 954 761 904 Papiermark, demnach
100 Millionen Papiermark etwa 10 1/2 Goldpfennige.

* Der unerschwingliche Kohlenpreis. Vom 12. Oktober
kostet Rhein- und Oberrhein: Bruttos ab Lager 1 960 000 000,
frei Kessel 2 059 000 000, Gasfoks ab Lager 5 112 000 000, frei
Kessel 5 218 000 000. Diese künftige Kohlenpreisaufhöhung hat
kaum noch irgend einen praktischen Sinn, da die Bevölkerung
nicht mehr in der Lage ist, die Kohlen zu kaufen und die Lager
und Bahnhöfe überfüllt sind.

* Produktienmarkt. Berlin, 12. Oktober. Amtlich festge-
setzte Preise an der Preussischen Börse pro 50 Kilogramm ab Sta-
tion (in Millionen Mark): Weizen, märkischer 6500—6700. Mat-
ter. Roggen, märkischer 6000—6200. Rubig. Sommergerste 6000
bis 6300. Rubig. Hafer, märkischer 4800—5000, pommerischer
4600—4800. Matt. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin
18 000—22 000, feinstes Marken über Notiz. Matt. Roggen-
mehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 17 000—21 000. Matt.
Weizenkleie und Roggenkleie 2500. Rapskuchen 3800—4000 (je
100 Kilogramm).

* Markthüter. Bericht der Preisnotierungskommission
für Markthüter (nichtamtlich). Großhandelspreise pro 50 Kilo-
gramm ab märkischer Station (in Millionen Mark): drabgepr.
Roggen- und Weizenstroh 140—150, drabgepr. Haferstroh 90—95,
drabgepr. Gerstenstroh 85—90, Roggenstroh 70—75, bindfaden-
gepr. Roggen- und Weizenstroh 60—70, Häcksel 250—275, han-
delsfähiges Heu 90—100, gutes Heu 120—130.

* Dollarkursanweisungen und Gelbanleihe. Dollarkursan-
weisungen wurden in Berlin am Freitag mit 4,2, Gelbanleihe
mit 3,8 Milliarden gehandelt.

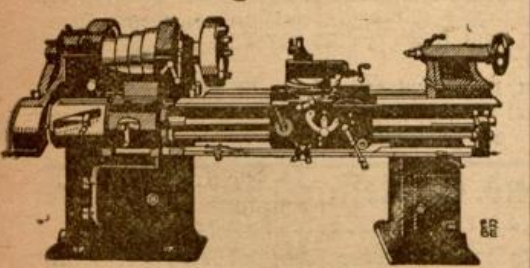
* Erhöhung der Salz- und Spielfartensteuer. Auf Grund
des Salzsteuergesetzes vom 9. Juli/11. August 1923 wird folgen-
des bestimmt: Die Steuer von Salz beträgt 2 210 000 Mark für
1 Kilogramm Reingewicht. Diese Verordnung tritt mit Wir-
kung vom 15. Oktober 1923 in Kraft. — Die Spielfartensteuer
wird vom 15. Oktober d. J. ab auf 185 Millionen Mark je
Spiel erhöht.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Die Zuschläge zur Grundmiete werden in
Abänderung der Bekanntmachung vom 28. Sep-
tember 1923 mit Wirkung vom 1. Oktober 1923
für die Gemeinden Halver und Schalksmühle wie
folgt festgesetzt:

- I. für Wohnräume:
a) 100% für Zinssteigerung
b) 16 130 000% für Verwaltungskosten
c) 18 140 000% für laufende Instandsetzungs-
kosten.
 - II. für gewerbliche Räume:
a) 100% für Zinssteigerung
b) 20 160 000% für Verwaltungskosten
c) 22 680 000% für laufende Instandsetzungs-
kosten.
- Zu übrigen bleiben die 3 Zt. geltenden
Anordnungen über Mieterrecht im Amte Halver
in Kraft.
- Halver/Schalksmühle, den 10. Oktober 1923.
Die Gemeinde-Vorstände.

Werkzeugmaschinen



Gerner & Co., Hagen
Elberfelderstr. 80. Fernruf 3580 u. 4186.

Kopierbücher

zu 500 u. 1000
Seiten
sind vorrätig bei
W. Bell jr., Halver

Sämtliche
Drucksachen
für Industrie, Handel,
Vereine und Private
in modernster Ausführung
:- liefert schnell und billig :-

Wilh. Bell jr., Halver i. W.
Buch- und Kunstdruckerei.
Verlag des „Allgemeinen An-
zeigers“ u. „Schalksmühler
:- General-Anzeigers“. :-

Für Kinder
ist die beste Seife
Streckensford Buttermilch-Seife
Zu haben bei:
Drog. C. Menke, Frankfurterstr., H. Köster, Galanteriew., Halver.

BREMEN

AMERIKA
OSTASIEN-AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- u. Frachtverkehr
mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unter-
bringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD
BREMEN
und seine Vertreter.

In Lüdenscheld: Ferdinand Boemann, Spedition,
in Essen: Norddeutscher Lloyd, Gen.-Agent, Handelschiff.

Milchverfandscheine
liefert schnell und billigt
Wilh. Bell jr., Halver.

Wohnungsbaubgabe.
Durch Gesetz vom 18.
Aug 1923 ist die staat-
liche Wohnungsbaub-
gabe für die Zeit vom
1. Juli 1923 bis 31.
Dez. 1924 auf 45 000
v. H. des Nutzungs-
wertes erhöht. Des-
gleichen ist eine Er-
höhung der gemeind-
lichen Zuschläge auf
195 000 % erfolgt.
Auf die Wohnungs-
baubgabezettel ist dar-
nach vom 1. Juli d. J.
ab für die weiteren
Vierteljahre das 30fache
des für die Zeit vom 1.
April—30. Juni d. J.
entrichteten Betrages zu
zahlen.
Zahlungstermin ist
der 19. Oktober d. J.
Terminsüberschreitung
hat neben der zwangs-
weisen Beitreibung einen
400%igen Verzugszu-
schlag zur Folge.
Halver, d. 4. Okt. 23.
Der Amtmann.

Ein Waggon
42% tiger Kali
eingetroffen.
Otto Ohler,
Okt-Rönsahl.